

GoG-Info

Gegenwehr ohne Grenzen

Nr. 33 - Mai 2004

die GoG ist eine parteiunabhängige Gruppe bei GM/Opel in Bochum

Kein Verzicht - mehr - Gegenwehr!

Die Lohnerhöhung von 1,5% erfolgt, ebenso die Einmalzahlungen für ERA. Unzweifelhaft ein Erfolg der Bochumer Belegschaft. Opel ist - erstmal - zurück gewichen und zahlt. Offensichtlich war der Geschäftsleitung klar, dass sie durch ihren provokanten Kurs mit dem Feuer spielt und auch damit rechnen musste, mit Produktion und Anlauf des neuen Astra ins Stokken zu geraten.

Nicht eine kalkulierbare Belegschaft, die bereit ist permanent zu verzichten, fürchten sie, sondern sie sind immer dann in der Defensive, wenn sie damit rechnen müssen, dass es knallt.

Leider hat die Belegschaft in

Rüsselsheim und Kaiserslautern die konsequente

Position nicht durchgehalten. Bei ihnen

wird die Lohnerhöhung

als Pauschale ausbezahlt

und wohl auch als ersten

Verzicht berücksichtigt.

Das ist schade und

schwächt unsere Einheit,

sollte uns aber nicht darin beirren lassen, bei der Abwehr des

80 Millionen Euro Spardiktats

gemeinsamen Widerstand zu beschreiten. Jedes weitere Zurückgehen

ermuntert die Firma nur uns dann

noch mehr abzuverlangen.

Opel baut jetzt auf eine Stimmung für

Sonderschichten, wobei versucht wird

durch sogenannte „kostenneutrale“

Mehrarbeit (- „der Wettbewerb“ verlangt es -), die Verlängerung der Ar-

beitszeit und damit den Zugriff auf den Samstag als regelmäßigen Arbeitstag zu erhalten.

Mit dem 80 Millionen Euro Spardiktat, auf das die Geschäftsleitung nach wie vor besteht, und den Verhandlungen über einen neuen Standortvertrag, ist eine neue Runde eingelaufen, unsere Interessen von der

sogenannten Wettbewerbsfähigkeit der Firma abhängig zu machen. Mit den letzten Standortverträgen sind in 10 Jahren 10 000 Arbeitsplätze abgebaut worden, aller-

dings höchst wettbewerbsfähig. Ist das unser Weg? Standort- und

Arbeitsplatzsicherung bleiben zwei verschiedene Paar Stiefel. Hinter dem

Einen steht die Sicherung des Profits, hinter dem Anderen stehen Arbeitsplätze und die Existenzen tausender Familien.

Bleibt zu hoffen, dass nicht bereits hinter den Kulissen Absprachen über möglichen Verzicht gelaufen sind.

Denn der Betriebsrat täte gut daran zu verzichten – und zwar auf jedwede

WEG DAMIT....
Nach wie vor bestehen über 20 Abmahnungen gegen KollegInnen die sich bei Infostunden über den Stand der Auszahlung unserer Lohnerhöhung erkundigt haben. Die KollegInnen haben beigetragen unseren Protest zum Ausdruck zu bringen. Die Abmahnungen müssen weg!

Inhalt

Seite 2

IG Metall lobt Unternehmer für Flexibilisierung der Arbeitszeit!

Personalchef Fleig von Daimler-Chrysler lobt den Metall-Abschluß

Seite 3

3. April 2004 in Berlin – Köln – Stuttgart: über 500.000 auf der Straße gegen den Sozialraub!

Seite 4+5

Seid realistisch, verlangt das Unmögliche oder die Realpolitiker sind die größten Utopisten!

Abstand zwischen „Stütze“ und Einkommen ist keineswegs zu gering. Bevor wir uns zu Tode jammern: Gegen ökonomische Halbwahrheiten und Fehldiagnosen

was_wann_wo

GoG

jeden Dienstag, 17 Uhr
Bahnhof Langendreer,
Raum 6

Bochumer Sozialforum

www.kolabor.de/sozialforum

jeder letzter Montag im Monat, 19 Uhr, Bahnhof Langendreer, Raum 6
nächster Treff: Mo.24.5.

visdp: W. Hajek, co: soz.-kult. Zentrum, Wallbaumweg 108

gog@conaktion.de

IG Metall lobt Unternehmer für Flexibilisierung der Arbeitszeit!

Ende 2003, vor Beginn der Tarifrunde, hat der IGM-Vorstand eine neue Broschüre zur Arbeitszeit veröffentlicht.

www.igmetall.de/tarife/nachrichten/metall/fb_arbeitszeit.pdf

Darin heißt es:

„Flexible Arbeitszeiten gehören aus Sicht der Beschäftigten zu den wichtigsten Voraussetzungen, um Beruf und Familie 'unter einen Hut zu kriegen'. Mehr als drei Viertel der Unternehmen (76,8 %) bieten entsprechende Modelle (flexible Tages- und Wochenarbeitszeit, Teilzeitarbeit usw) und /oder Telearbeit an. Arbeitszeitflexibilisierung ist damit die familienfreundliche Maßnahme, die sich bisher am stärksten durchgesetzt hat.“

Man kann es kaum glauben: die IGM-Broschüren-Experten meinen tatsächlich, wir wären den Unternehmern auch noch Dank schuldig für die „familienfreundliche“ Flexi-Kacke!

Die Wahrheit wird eher in der neuen metall-Zeitung (Nr.4/2004, s.7) zitiert: „Arbeitnehmer brauchen stabile Lebensformen - eine Studie des Berliner 'Wissenschaftszentrum für Sozialforschung' (WZB) belegt: Arbeitnehmer sind gar nicht an flexiblen, sondern überwiegend an festen und verlässlichen Arbeitszeiten interessiert.“



Personalchef Fleig von Daimler-Chrysler lobt den Metall-Abschluß

„Wir haben den gesamten Katalog der tariflichen Mindestnormen geöffnet. Wenn es die wirtschaftliche Situation eines Betriebes erfordert, können sämtliche tarifliche Standards auf Absenkung überprüft werden, nicht nur die unentgeltliche Verlängerung der Arbeitszeit, wie ursprünglich gefordert.....Es wird Kritikern schwer fallen, einen Tarifabschluß in den letzten 40 Jahren zu finden der betriebswirtschaftlich günstiger ist als der jetzige.“
(aus: „Tarifvertrag bietet enormes Potenzial. Daimler-Personalchef lobt Tarifvertrag“, Artikel in Stuttgarter Nachrichten vom 28. Februar 2004)

Im gleichen Beitrag über die Rolle der IG Metall:
„Ich halte eine Lösung, die bei der Unterschreitung tariflicher Mindestnormen die Unterstützung der Tarifparteien sichert, für viel stabiler und umsetzbarer als eine rein betriebliche Lösung.“
Und kaum ist der Tarifabschluss durch, wird die Verlängerung der Arbeitszeit versucht, wenn auch zunächst freiwillig und mit Lohnausgleich:

Protest gegen drohende 40-Stundenverträge bei Mercedes

Die „Öffnungsklauseln“, die in der Tarifrunde in der Metallindustrie für die Arbeitszeit beschlossen wurden, zeigen ihre Wirkung. Vorreiter beim Niederreißen der 35-Stundenwoche soll wohl DaimlerChrysler spielen, Hauptakteur der GBR-Vorsitzende Erich Klemm. Es gibt einen Entwurf für einen **Antrag des Gesamt-BR und der Unternehmensleitung DC** an den IGM Bezirk und den Verband der Metall- und Elektroindustrie zur Ausweitung der 40 Stundenverträge. **Für über 20.000 Beschäftigte** im DaimlerChrysler-Konzern (in PKW- und NFZ-Entwicklung, Forschung und Zentrale) würde es damit möglich sein, 40-Stunden-Arbeitsverträge abzuschließen.

Kommt diese Vereinbarung zustande, wird der Druck auf alle anderen Metallbetriebe gewaltig steigen.

(siehe auch: www.labournet.de !!!)

die Belegschaftsversammlung muß zurück ins Werk und in die Arbeitszeit!

3. April 2004 in Berlin – Köln – Stuttgart: über 500.000 auf der Straße gegen den Sozialraub!

Das war ein deutlicher Protest gegen die Agenda 2010, die neuen Hartz-Gesetze und die weiteren Sozialkahlenschlags-Pläne der SPD-Grünen/CDU-CSU/FDP-Politiker im Dienst der Unternehmer. Doch wie kann's weitergehen??? In Berlin hat ein Redner vor 250.000 Menschen dazu Vorschläge gemacht, und zwar der Sprecher des Berliner Bündnisses gegen Sozial- und Bildungsraub, Prof. Peter Grottian

(s. Junge Welt v.5.4.04)

Aufstehen für drei Stunden Protest ist zu wenig – Armuts- und Sozialproteste in die Reichtums- zentren tragen, Arbeitsplätze instandbesetzen, Teilschließung von Arbeitsämtern, radikale Verweigerung sozialer Zumutungen!

„Ist unsere große Demonstration wirklich der Widerstand, der die Herrschenden das Nachdenken oder das Fürchten lehren könnte, der sie zwingen wird, ihre Fata-Morgana-Politik der völligen Fixierung auf die Wachstumsmorgenröte abzuändern? Nein, täuscht euch nicht, die Mächtigen und die Medien behandeln uns als Groß-Event – man wird raunend Verständnis äußern, das Anliegen scheinbar ernst nehmen – und die bisherige Politik fortsetzen! Und Ihr wißt, daß es so ist. Macht euch nichts vor, 200 000 Latsch-Demonstranten allein, ein paar Reden, hinterher ein Bier, es beeindruckt nicht nachhaltig die Wirtschaft, Rot-Grün oder Schröder – oder die plural gefaßten Einheitsparteien der Republik. Sie werden ihre Politik fortsetzen, wenn wir den grundgesetzlich verbrieften Widerstand gegen die Abschaffung von Politik, Sozialpolitik, menschengerechter Politik nicht anders aufhalten. Doch wie und wo können wir zulegen, zuspitzen, den Konflikt verschärfen?“

Wir müssen uns mehr zumuten als eine dreistündige Demonstration. Ja, wir sind nicht eingeübt in provozierende Sozial- und Armutsproteste wie in Italien oder Frankreich. Aber wir müssen jetzt mehr versuchen, so schwer es auch ist, die Hürde zu Protest- und Konfliktformen des zivilen Ungehorsams zu überspringen. Papierene Alternativkonzepte machen nur Sinn in Kombination radikalerer Protest- und Aktionsformen...

... Globalisierungskritische Bewegungen, lokale Sozialforen und Sozialbündnisse, Teile von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, aufmüpfige, individualisierte Bürgerinnen und Bürger, Jugendliche, Kinder, Ältere, Frauen, Migranten, das gehört zusammen, was hier als Betroffene

zusammengehört. Massenprotest in Köln, Stuttgart und Berlin ist wichtig, aber der dezentralisierte kommunale Protest muß zur Dauerfeuerstelle unseres Protestes werden, um die Herrschenden zur Änderung ihrer Politik zu bewegen. Globalisierungskritische Bewegung, Massendemonstrationen und lokaler Widerstand müssen verbunden werden...

Wenn wir die grassierende Verarmung der sozial schwachen Schichten anprangern, dann müssen wir zusammen mit Obdachlosen, Sozialhilfeempfängern, Erwerbslosen, Rentnern die Armut in die Reichtumszentren der Städte tragen, damit sie der Armut nicht mehr ausweichen können. Armut muß ihr offensives Gesicht zeigen, sie darf sich nicht mehr verstecken. Wenn die Herrschenden uns statt Arbeitszeitverkürzung Arbeitszeitverlängerung ohne neue Arbeitsplätze aufdrücken wollen, dann wird man als Gewerkschaft doch mal einen zweistündigen Warnstreik mit Alternativkonzepten wagen können. Wenn die sozialen Mobilitätsrechte der sozial Schwachen durch Streichen des Sozialtickets augenmaßlos verletzt werden, dann sollten wir mit den Betroffenen solange Schwarzfahren, bis diese sozialen Grundrechte wieder hergestellt sind. **Kurz: Die Herrschenden werden sich nur bewegen, wenn unsere hier gezeigte Massensolidarität ganz andere Protest- und Konfliktformen hervorbringt. Nicht klammheimlich doch auf die Erweichung des neoliberal getränkten Herzens der Sozialdemokratie hoffen, lautet die Devise, sondern uns zu menschenrechtlicher Radikalität ermuntern. Diese Demonstration ist sanftpfötig, ziehen wir zunächst für uns selbst radikalere Konsequenzen. Dann werden wir gute Karten haben.** „

- Kurze Anmerkung dazu: „2 Stunden bundesweiten Warnstreik“ machen die Gewerkschaftsführungen nicht. Die sind erfahrungsgemäß gegen Aktionen, die den Unternehmern wirklich wehtun, also auch gegen Generalstreik...- im Gegensatz zu vielen Gewerkschaftsmitgliedern und Belegschaften.!



resonanzboden * organ des ver.di-ortsvereins
Hamburg Fb08 * Sonderausgabe Januar 2004

Die Krise des >>Sozialstaats<< wird nicht überwunden, solange die einen den anderen Vorwürfe machen - das kapitalistische System muß in das Blickfeld geraten.

Interessierte können diese Broschüre durch die GOG beziehen.

Rainer Roth „**Nebensache Mensch**“
Arbeitslosigkeit in Deutschland.
DSV-Verlag, Frankf/M. 2003, 15,- Euro,
ISBN 3-932246-39-X



Rober Schlosser hat sich mit Rainer Roth auseinandergesetzt; folgendes zur Einstimmung.

Seid realistisch, verlangt das Unmögliche oder die Realpolitiker sind die größten Utopisten!

1. Alle Versprechungen aus Politik und Wirtschaft, die hohe Lohnarbeitslosigkeit zu beseitigen, stetiges Wachstum und Vollbeschäftigung zu schaffen, haben sich bisher als leere Versprechungen erwiesen.
2. Unabhängig vom Wollen der großen Macher, die sich gern als Pragmatiker und Realisten bezeichnen, entwickelt der Kapitalismus eine Dynamik, die die soziale Polarisierung, den Gegensatz zwischen Arm und Reich kontinuierlich anwachsen lässt.
3. Das Credo der einen lautet: Die Kräfte des freien Marktes sollen sich ungehemmt entwickeln, dann wird sich alles zum besseren wenden. Das Credo der anderen lautet: Der Kapitalismus muss sozial reguliert und gesteuert werden, dann geht es wieder aufwärts. Alle Ökonomen sind sich

einig, dass die Probleme angeblich nur durch mehr Investitionen zu beheben sind. Die einen wollen die Investitionen durch eine Senkung der Kapitalbesteuerung beflügeln, die anderen durch eine stärkere Besteuerung des Kapitals.

4. Rainer Roth zeigt in seinen Büchern auf, dass die kapitalistischen Investitionen die ökonomischen und sozialen Probleme nicht lösen, sondern deren Ursache sind. Von Investitionszyklus zu Investitionszyklus verschiebt sich das Verhältnis zwischen dem in „Sachkapital“ angelegtem Geld und den in menschliche Arbeitskräfte angelegtem Geld. Der Anteil des Kapitals; der in Sachkapital angelegt ist, wird immer größer gegenüber dem Teil der für den Ankauf von Lohnarbeit angelegt wird.
5. Ursache dafür ist das ständige Streben der einzelnen Unternehmen durch technische Innovation einen Produktivitätsfortschritt vor den Konkurrenten zu erlangen, um so größere Marktanteile und größeren Gewinn zu erzielen. Indem alle Unternehmungen gezwungen sind, die produktivsten Produktionsverfahren einzuführen, verallgemeinert sich der Produktivitätsfortschritt und die ihn bestimmende Technik.
6. Als Folge davon stellt sich langfristig – gemessen am Profitbedarf des Kapitals - Profitmangel ein, weil das stark anwachsende Sachkapital nur seinen Wert auf das neue Produkt übertragen kann. Quelle des Mehrwerts ist allein die als Ware verfügbare, vom Kapital angewandte menschliche Arbeitskraft. Sie kann mehr Wert erzeugen, als für ihre eigene Reproduktion im Kapitalismus nötig ist.
7. In dem das Kapital seinen Profit durch Steigerung der Arbeitsproduktivität erhöhen will vermindert es langfristig die Rate seiner Verwertung. Der Masse nach wachsen Kapital und Profit an, doch die Profitrate sinkt.
8. Die Profitrate aber ist der entscheidende Anreiz für Investition. Indem Maße, wie sich die Profitrate des industriellen Kapitals als ungenügend erweist, werden neue Möglichkeiten der Geldanlage eröffnet und blüht die Spekulation mit Aktien und Wertpapieren.

9. Sinkende Profitrate führt zu überschüssigem Geldkapital (Rainer Roth nennt das „arbeitsloses Kapital“) bei überzähliger Lohnarbeitsbevölkerung. Massenarbeitslosigkeit und spekulierendes Geldkapital entwickeln sich gesetzmäßig und sind zwei Seiten ein und der selben Medaille.

10. Die Sachwalter des Kapitals in Wirtschaft und Politik setzen alles daran, dem Fall der Profitrate entgegenzuwirken und die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu verbessern. Ihr Programm ist die soziale Reaktion. Jede soziale Reform oder auch nur Versuche, den Abbau sozialer Reformen zu verhindern, würde den Fall der Profitrate weiter beschleunigen und wird daher auf ihren entschiedenen Widerstand stoßen.

11. Was die unmittelbaren Verwirklichungsmöglichkeiten, den Realismus anbetrifft, so ist unter den heutigen Bedingungen ein entschiedener sozialer Reformismus genau so „utopisch“ wie ein Programm sozialer Revolution, denn einerseits ist das Kapital nicht kompromissbereit und andererseits ist die Akzeptanz der kapitalistischen Marktökonomie in der Bevölkerung stark, wie kaum jemals zuvor in der Geschichte des Kapitalismus.

12. Der soziale Reformismus ist heute aber nicht nur genau so „utopisch“ wie die soziale Revolution, er kann auch genauso illusorisch sein, wie der sozialreaktionäre Neoliberalismus; nämlich dann, wenn er Reformen mit ökonomischer Vernunft und

nicht mit den sozialen Interessen der Lohnabhängigen begründet. Wenn soziale Reformen mit einer notwendigen Stärkung der Nachfrage begründet werden, um so kapitalistisches Wachstum zu ermöglichen, dann ist das auch eine Art, die Interessen der Lohnabhängigen denen des Kapitals unterzuordnen. Die umfassende gesellschaftliche Regulation des Kapitals zum Zweck der Verstärkung eines zweifelhaften ökonomischen Wachstums, das dann Wohlstand für alle im Kapitalismus ermöglichen soll, bleibt eine Illusion.

13. Daraus ist nicht zu folgern, dass der Kampf um soziale Reformen falsch, unnütz oder gar opportunistisch ist. Wenn die Forderungen nicht in das Zwangskorsett der ökonomischen Vernunft gepresst werden, wenn sie vorbehaltlos mit Bezug auf die Möglichkeiten formuliert werden, die sich durch den Produktivitätsfortschritt eröffnen, dann bieten sie nicht nur die Perspektive der Verständigung unter den Lohnabhängigen über ihre gemeinsamen Interessen und nächsten Ziele, sondern halten auch die Perspektive des Kampfes für eine Überwindung des Kapitalverhältnisses offen. Der „Frankfurter Apell gegen Sozial- und Lohnabbau“ ist ein gutes Beispiel dafür.

14. Die Überwindung des Kapitalismus erscheint zwar heute „utopischer“ denn je, es ist aber die einzige realistische Variante, wenn man es Ernst meint mit der Abschaffung des sozialen Elends auf dieser Welt.

April 2004 rs



FRANKFURTER RUNDSCHAU

URL: http://www.fr-aktuell.de/uebersicht/alle_serien/wirtschaft/klagelieder/?cnt=286140

Abstand zwischen „Stütze“ und Einkommen ist keineswegs zu gering Bevor wir uns zu Tode jammern: Gegen ökonomische Halbwahrheiten und Fehldiagnosen / FR-Serie, Teil sieben

Von Peter Bofinger

Zu jeder Stammtisch-Diskussion gehört das Argument, dass es sich für einen Sozialhilfe-Empfänger doch überhaupt nicht lohne, eine Arbeit anzunehmen. Auch der Mainzer Kardinal Karl Lehmann fühlt sich hier zu einem deutlichen Statement aufgerufen: „Arbeit muss sich mehr lohnen als Nicht-Arbeit. Im Sozial- und Arbeitsrecht muss manches überdacht werden, was die Schaffung neuer Arbeitsplätze verhindert. *Auf diesem Wege* muss die bedrückend hohe Arbeitslosigkeit grundlegend verändert werden.“ (Hervorhebung durch den Autor.)

Belegt wird eine solche Argumentation stets mit den Zahlen für eine Familie mit Kindern, bei der der Unterschied zwischen dem Einkommen aus einem regulären Arbeitsverhältnis und der „Stütze“ in der Tat recht gering sein kann. Für viele Ökonomen ist dieser Befund dann die Rechtfertigung für ihre Forderung, das Niveau der Sozialhilfe um 30 Prozent oder noch deutlicher zu senken. Nur so werde wieder ein ausreichender Arbeitsanreiz geschaffen.

Was die Experten völlig verschweigen und die Laien leicht übersehen, ist die Tatsache, dass es unter den Sozialhilfeempfängern nur wenige Familien mit zwei oder mehr Kindern gibt: Von den rund 1,2 Millionen „Bedarfsgemeinschaften“ die Sozialhilfe beziehen, sind das gerade einmal 83 000 oder 6,9 Prozent. Ganz offensichtlich scheinen die meisten der rund sechs Millionen deutschen Familien mit zwei und mehr Kindern den Status eines Sozialhilfeempfängers als nicht besonders attraktiv zu empfinden. Vielleicht sollte sich Kardinal Lehmann etwas mehr Zeit für Gespräche mit

Familien nehmen, um dann auch qualifiziertere Aussagen über die Sozialpolitik machen zu können.

Der Großteil der Sozialhilfeempfänger sind Singles mit und ohne Kinder. Hier ist der Abstand zwischen der Sozialhilfe und dem Nettoeinkommen aus Erwerbstätigkeit durchaus von Bedeutung. Für die mehr als 600 000 allein stehenden kinderlosen Empfänger von „Stütze“ geht es dabei um immerhin rund 376 Euro netto im Monat (siehe Grafik). Aus der Sicht eines Professors oder Klerikers ist das wahrscheinlich nicht viel Geld, doch für einen Menschen am Rande des Existenzminimums dürfte das durchaus ins Gewicht fallen.

Es ist also wissenschaftlich und politisch unredlich, wenn man die Forderung einer allgemeinen Senkung der Sozialhilfe mit dem Abstand zum Einkommen im Fall einer Familie mit Kindern begründet.

FR-Serie: Klagelieder

[document info]

Copyright © Frankfurter Rundschau online 2004
Dokument erstellt am 28.08.2003 um 18:44:05 Uhr
Erscheinungsdatum 29.08.2003

...nur mal so - paar Fragen

wenn ich 1,5% Lohnerhöhung erkämpft habe, die dann auch gnädigerweise kriege, dafür aber wieder 1,5% (die ich nicht habe) zurückgeben muss, wieviel hab ich dann? (weiss ich - ist schwer)

wenn jetzt ein paar Leute kommen und sagen, es ist ein Ergebnis unserer Verhandlungen, dass wir die 1.5% kriegen (die uns sowieso zustehen), jetzt müssen wir das halt woanders einsparen. wie nennt man solche Leute? (weiss ich - ist nicht schwer)

wenn jetzt einer kommt und sagt: wenn ihr die Einsparungen nicht bringt, kündige ich euch die Lohnvereinbarung (BV 180). wie nennt man das? (ist auch nicht schwer)

wenn wir uns erinnern, wissen wir, das hat doch schon mal einer versucht. Und wir wissen auch welche Antwort wir damals erfolgreich gegeben haben.

**...mal wieder quergedacht...
- zur Diskussion -**

**Schichtbeginn Montagsfrühschicht
erst um 9.00 UHR!**

Weg mit der Quälnacht von Sonntagabend auf Montag - Frühschicht!

Selbst 25 Jahre Wechselschicht helfen da nicht: musst Du am Montagfrüh zur ersten Frühschicht, wird die Nacht von Sonntag auf Montag zur Quälnacht. Erst kannst Du nicht einpennen, dann wachst Du viel zu früh auf und fängst die neue Arbeitswoche schon kaputt an! – Wir halten fest an der Forderung nach weiterer Arbeitszeitverkürzung, 6-Std-Tag an 5 Tagen in der Woche mit vollem Lohn- und Personalausgleich. Und dabei müssen besondere gesundheitliche Belastungen wie die Montagsfrühschicht besonders berücksichtigt werden!

Der Kommentar !

Tarifklau und die Rolle der IG Metall

80 Mio Euro wollen sie mal wieder einsparen! Natürlich auf unsere Kosten! Wir haben ja die letzten Jahre nicht genug gegeben. Wie weit kann der Oberforster noch gehen, ohne dass uns der Kragen platzt? Er will ja nicht nur unsere Kohle, er wird auch noch mit kostenneutraler Mehrarbeit kommen und wer weiß was noch! Es fehlt nur noch der Trommler und wir haben trockene Galeerenverhältnisse! Was tut die IG Metall in dieser Situation? Zum Streik durfte die IGM nicht aufrufen. Aber nur „Geltendmachen“ mit Einzel-Unterschrift? Gemeinsame Aktion hat nicht geklappt, und die wurde von der IGM und den meisten Betriebsräten wohl auch nicht gewollt! Der niedrige Tarifabschluss der IGM war schon Lohnraub. Aktionen müssen wir selber organisieren.

Euer Theo



„... jede Minute Arbeitszeitverlängerung ein Verbrechen“

Leserbrief vom ehem. Bevollmächtigten der IG Metall in Köln, Walter Malzkorn:

(in: Junge Welt vom 19.2.2004)

„In der Zeitung Junge Welt wie auch in der IG-Metall-Zeitung **direkt** wurde B. Huber (2. Vorsitzender der IG Metall) zitiert. Er nannte die Arbeitgeber-forderung, die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich zu verlängern, unanständig. Das sieht konsequent/abweisend aus, ist jedoch mehr als fragwürdig. Ich frage: Wird Arbeitszeitverlängerung (die Aufgabe oder Aufweichung der erkämpften 35-Stunden-Woche), wenn sie bezahlt wird, anständig? Akzeptabel? In aller Deutlichkeit: Bei weit mehr als vier Millionen registrierten Arbeitslosen ist jede Minute Arbeitszeitverlängerung ein Verbrechen. Eine konsequente, eine eindeutige Antwort auf die Unverschämtheiten der Kapitalvertreter und ihrer Bundes- und Landesregierung(en) wäre

- von der Bundesregierung die Verallgemeinerung der 35-Stunden-Woche und die Reduzierung von Überstunden durch Arbeitszeitgesetz zu fordern und
- Tarifverhandlungen über die 30-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich zu verlangen im Interesse der Arbeitslosen und Arbeitenden. Das wäre eine adäquate Antwort.“

(- damit greift Kollege Malzkorn auch die IGM-Spitzen an: der neue Tarifvertrag erlaubt auch Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich! -)

tja, da bin ich wieder



**1 empfehle ich euch sehr,
lesen ist doch gar nicht schwer !!!
und schreiben auch nicht - mehr!!!**

mail an
gog@conaktion.de